



Eine Information der nordhessischen Bundestagsabgeordneten
Ulrike Gottschalck und Dr. Edgar Franke

SPD



18. März 2016

Inhalt

- 1. AfD-Schock bei den Kommunalwahlen in Hessen**
- 2. Licht und Schatten bei drei Landtagswahlen**
- 3. Auf dem Weg zu einer europäischen Lösung - Europäischer Rat beschäftigt sich mit Flüchtlingspolitik**
- 4. Gleiche Bezahlung für Frauen und Männer**
- 5. Bezahlbares Wohnen und Bauen - 350.000 neue Wohnungen pro Jahr**



AfD-Schock bei den Kommunalwahlen in Hessen

Auch wenn für alle klar war, dass die AfD in die Gemeinde-, Stadt- und Kreisvertretungen einziehen würde, waren die zweistelligen Ergebnisse doch ein Schock. Die Partei zieht aus ihrer Hetze gegen Flüchtlinge und Europa Erfolge und sammelt auch Protestwähler ein. Fatal ist die erneut niedrige Wahlbeteiligung. Je mehr Menschen zu Hause bleiben, desto mehr Gewicht gewinnt jede Stimme für Rechtspopulisten. Gerade einmal 48 Prozent der Wahlberechtigten gingen am Sonntag in Hessen zur Wahl, in der Hauptstadt Wiesbaden nur 39 Prozent. Hessen hat damit einen Vorgeschmack auf die Landtagswahlen gegeben. Was allerdings laut Analyse der Rheinland-Pfälzer wiederum ihnen geholfen habe. Die Wählerinnen und Wähler wollten Malu Dreyer, das war der erste Effekt und der zweite war, dass sie durch das Abschneiden der AfD in Hessen hoch politisiert waren. Wir bedauern, dass die AfD ab sofort auch in Hessen in vielen Gemeindevertretungen, Stadtparlamenten und Kreistagen sitzt. Unser klarer Auftrag muss die Entzauberung der AfD sein. Auf der Arbeitsebene müssen wir ihnen höflich aber distanziert mit Argumenten begegnen. Dort wo die AfD nicht angetreten ist, haben die „Freien Wähler für irgendetwas“ profitiert und auch dies ist Protest gegen die amtierende

Parteienlandschaft und muss genauer analysiert werden. Bei dieser Wahl sieht man auch sehr klar, dass es dort wo gute Spitzenkandidaten und/oder Bürgermeister gezogen haben und die Genossinnen und Genossen mit klarer Haltung zusammengearbeitet haben, auch die besten Ergebnisse gibt. Gleichwohl werden Koalitionen schwieriger. Einfache Koalitionen aus zwei Fraktionen sind durch die Vielzahl der in den Parlamenten vertretenen Parteien vielerorts nicht mehr möglich. Dennoch freuen wir uns, dass wir in den meisten Orten und Kreisen vom Wähler mit der Regierungsbildung beauftragt wurden.

Falls Sie sich die genauen Ergebnisse anschauen möchten, finden Sie unter <http://www.statistik-hessen.de/k2016/html/index.htm> alle Kreis- und Gemeindeergebnisse in Hessen.

Licht und Schatten bei drei Landtagswahlen

Der Wahlsonntag in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz ist, trotz aller Freude über das Wahlergebnis in Rheinland-Pfalz, eine Zäsur. Die demokratische Mitte in Deutschland ist kleiner geworden. Das müssen wir sehr ernst nehmen und Lehren aus den Ergebnissen ziehen. Für alle drei Länderparlamente gilt, dass die AfD aus dem Stand mit einem zweistelligen Ergebnis in die Landtage eingezogen ist, in Sachsen-Anhalt sogar als zweitstärkste Kraft.



Die grandiose Aufholjagd und der Wahlsieg von Malu Dreyer und der SPD in Rheinland-Pfalz muss Vorbild sein. Malu hat als authentische und sympathische Spitzenkandidatin die Menschen mitgenommen und sie hat sich nicht verbiegen lassen. Sowohl in der Flüchtlingsfrage wie im Umgang mit der AfD hat sie Haltung gezeigt und die SPD stand komplett geschlossen hinter ihr. Die Wählerinnen und Wähler haben das honoriert, sie vertrauten Malu Dreyer. Haltung, Klarheit, Mut zur politischen Auseinandersetzung lohnen sich. Julia Klöckner hat dagegen mit ihrem populistischen Schlingerkurs herbe Verluste für die CDU eingefahren.

In Baden-Württemberg haben die Menschen mehrheitlich Winfried Kretschmann gewählt. Sie trauten ihm eine solide Politik fürs Ländle zu. Auch er hat, wie Malu Dreyer, Haltung und Klarheit bewiesen. Die Wählerinnen und Wähler wollten Winfried Kretschmann als Ministerpräsidenten behalten und den CDU-Kandidaten verhindern. Das ging zu Lasten der SPD in Baden-Württemberg.

Der Ausgang der Wahlen in Sachsen-Anhalt ist ein Desaster. In den neuen Bundesländern müssen wir die Menschen noch stärker abholen und ansprechen. Gerade dort sollten sich alle daran erinnern, dass ohne Demokratie vieles nichts ist. Freiheit muss auch 26 Jahre nach der Einheit immer wieder erstritten werden. Die drohende Spaltung unserer Gesellschaft und das abnehmende Vertrauen in die Parteienlandschaft dürfen uns nicht kalt lassen. Auch die Verlustängste, die sich in Teilen der Bevölkerung ausbreiten. Vieles davon ist unbegründet. Aber die Gefühle müssen wir dennoch ernst nehmen.

Die Geschichte unseres Landes hat in den letzten Jahrzehnten eines gezeigt: Unser Land war dann sicher, stark und handlungsfähig, wenn das demokratische Zentrum stark war. Wer dieses Zentrum schwächt, schwächt unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft und unsere Demokratie. Und deshalb wird die SPD den Kampf für das demokratische Zentrum in Deutschland mit voller Entschlossenheit aufnehmen. Und wir werden nicht zulassen, dass die „großen Vereinfacher“ in diesem Land die politische Substanz und die Richtung der deutschen Politik gefährden, in Frage stellen oder gar unterminieren.

Die SPD steht für einen starken und handlungsfähigen Staat. Einen Staat, der für sozialen Aufstieg, öffentliche Sicherheit und gleiche Lebenschancen steht. Das schaffen wir aber nur, wenn wir jetzt in Kitas, Schulen, bezahlbare Wohnungen, Arbeitsfördermaßnahmen und auch in mehr Stellen für die Polizei investieren. Dafür werden wir uns in den Verhandlungen zum Bundeshaushalt 2017 mit Nachdruck einsetzen.

Auf dem Weg zu einer europäischen Lösung

Europäischer Rat beschäftigt sich mit Flüchtlingspolitik

Der EU-Türkei-Gipfel hat die Hoffnung genährt, dass der Wille bei den europäischen Regierungen vorhanden ist, gemeinsam eine europäische Lösung zu erarbeiten. Bei dem Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs soll eine Vereinbarung mit der Türkei über die Rücknahme von Flüchtlingen beschlossen werden, wie in der Nacht zu Freitag bekannt wurde.

Bundeskanzlerin Angela Merkel wies zurecht in ihrer Regierungserklärung darauf hin, dass die national getroffenen Entscheidungen zur Schließung der Balkanroute zwar auch in Deutschland dazu geführt habe, dass weniger Flüchtlinge ankämen, allerdings auf Kosten Griechenlands und der dort gestrandeten Menschen. Der Zustand dort könne und dürfe nicht von Dauer sein. Deshalb laute die alles entscheidende Frage, wie es uns gelingen könne, die Zahl der Flüchtlinge nicht nur für einige, sondern für alle nachhaltig und dauerhaft zu reduzieren.

Eine Verständigung der Mitgliedstaaten muss notwendigerweise auch die Solidarität mit Griechenland umfassen. Das Prinzip „Jeder ist sich selbst der Nächste“ spaltet die Europäische Union, die notwendiger denn je an einem Strang ziehen muss.

Um die Flüchtlingsbewegung nach Europa besser zu kontrollieren und das menschenverachtende Geschäft der Schlepper in der Ägäis zu unterbinden, sind wir auf die Zusammenarbeit mit der Türkei angewiesen. Dabei gilt es anzuerkennen, dass in der Türkei bereits heute Millionen Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak eine sichere Zuflucht finden.

Wenn die Türkei nun bereit ist, bestehende Rückführungsabkommen in vollem Umfang anzuwenden und Flüchtlinge wieder aufnimmt, die über die Türkei nach Griechenland eingereist sind, dann muss sich die EU im Gegenzug zur Aufnahme von Kontingenten syrischer Flüchtlinge verpflichten. Die SPD setzt sich bereits seit Monaten für solche Kontingente ein. Denn wir wollen, dass Europa seine humanitäre Verantwortung erfüllt und Menschen nicht länger ihr Leben auf gefährlichen Fluchtrouten riskieren und hilflos Schleppern ausgeliefert sind.

Trotz der notwendigen Zusammenarbeit mit der Türkei in der Flüchtlingsfrage ist eines klar: Es gibt keinen Rabatt auf Menschenrechte, auch nicht für die Türkei. Daher sollten im Rahmen von Beitrittsverhandlungen nun rasch die Kapitel zu Meinungsfreiheit und Rechtsstaat eröffnet werden. Denn dies bietet eine echte Chance, die Menschenrechtslage in der Türkei ganz real zu verbessern.

Gleiche Bezahlung für Frauen und Männer

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit – Das klingt nach einer Selbstverständlichkeit, aber weit gefehlt! Immer noch verdienen Frauen in Deutschland weniger Geld als Männer für dieselbe Arbeit! Am 18. März ist Equal Pay Day. Das heißt, statistisch gesehen muss eine Frau bis dahin unentgeltlich arbeiten und würde erst ab diesem Stichtag den gleichen Lohn erhalten wie die männlichen Kollegen.

Immer noch erwirtschaften Frauen durchschnittlich 22 Prozent weniger Lohn und Gehalt als Männer. Die Entgeltlücke ist damit in Deutschland seit Jahren konstant hoch – höher übrigens als in den meisten EU-Ländern.

Dass sich das schnell ändern muss, ist offensichtlich! Die Forderungen der Gewerkschaften und des Deutschen Frauenrats wurden am Freitag auch von SPD-Generalsekretärin Katharina Barley bei der zentralen Kundgebung vor dem Brandenburger Tor unterstützt. Die Forderungen lauten:

- Rechtsanspruch auf Rückkehr aus Teilzeit und auf befristete Teilzeit, damit Frauen nach einer familienbedingten Reduzierung ihre Arbeitszeit wieder aufstocken können.
- Die Einhaltung bestehender Tarifverträge und die korrekte Anwendung des gesetzlichen Mindestlohns als Lohnuntergrenze, weil Frauen besonders häufig für Dumpinglöhne arbeiten müssen.
- Gesetzliche Regelungen zur Durchsetzung der Entgeltgleichheit auf betrieblicher Ebene, damit Unternehmen verpflichtet werden, ihre Entgeltpraxis geschlechtergerecht zu gestalten.
- Eine Reform der Minijobs mit dem Ziel alle Arbeitsverhältnisse sozial abzusichern, um alle Arbeitnehmer/innen bei der Durchsetzung ihres Anspruches auf Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall u.v.a.m. zu unterstützen.



Bezahlbares Wohnen und Bauen - 350.000 neue Wohnungen pro Jahr

In Deutschland gibt es zu wenig bezahlbaren Wohnraum, das trifft vor allem Menschen mit niedrigem und durchschnittlichem Einkommen. Viele sind vom sozialen Wohnungsbau abhängig. Die Regierungskoalition, und vor allem die SPD, hat sich diesem Problem angenommen, lange bevor das Thema durch den Flüchtlingszuzug verschärft wurde und in die Schlagzeilen geraten ist.



Um den Druck auf den Wohnungsmarkt zu verringern und neue bezahlbare Wohnungen zu schaffen, hat Bundesbauministerin Barbara Hendricks (SPD) bereits im Juli 2014 ein gemeinsames Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen von Bund, Ländern, kommunalen Spitzenverbänden sowie der Wohnungs- und Bauwirtschaft ins Leben gerufen.

Diese Woche beraten wir im deutschen Bundestag den [Bündnis-Bericht](#), der Handlungsempfehlungen aufzeigt, um den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum schnell zu decken. Kern des Berichtes ist das 10-Punkte-Programm für eine

Wohnungsbauoffensive, das unter anderem die Bereitstellung von Bauland, steuerliche Anreize, eine Vereinfachung von Bauvorschriften sowie Mittel für den sozialen Wohnungsbau vorsieht.

Angesichts zu geringer Neubautätigkeit, starker Binnenwanderungen und dem Flüchtlingszuzug ist der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen mit kleinen und mittleren Einkommen nochmals gestiegen. Ziel ist es, in Zukunft jährlich mindestens 350.000 Wohnungen fertigzustellen. Dafür sollen auf allen föderalen Ebenen Hemmnisse beseitigt und Bauanreize gesetzt werden.

Unsere Tipps:

- **Veranstaltung in Berlin:** Unter dem Titel „Die Welt ist aus den Fugen geraten – Friedensethische Grundsätze und politische Verantwortung im 21. Jahrhundert“ diskutieren Vertreter aus Politik und Kirche am Freitag, den 15. April von 13 bis 18 Uhr im SPD-Fraktionssaal im Reichstag in Berlin.

Frank-Walter Steinmeier übernimmt das Eingangsreferat und wird zusammen mit anderen PolitikerInnen und VertreterInnen aus Kirchen und Wissenschaft zu Friedensethik und unserer Verantwortung in Syrien sowie zur Krisenprävention ins Gespräch kommen. Weiter Infos zu der öffentlichen Diskussion gibt es hier: <http://www.spdfraktion.de/service/termine/%E2%80%99Edie-welt-ist-aus-den-fugen-geraten%E2%80%99C>

- **Deutscher Nachhaltigkeitspreis:** Noch bis Ende April können sich Unternehmen mit einer besonderen Kompetenz in nachhaltigen Geschäftsmodellen um den Preis bewerben. Zusätzlich wird es noch den „Nachhaltigkeitspreis Forschung“ sowie den „Nachhaltigkeitspreis Städte und Gemeinden“ geben. Wer sich angesprochen fühlt, findet unter www.nachhaltigkeitspreis.de weitere Informationen zu Bewerbung und Preisverleihung.

- **Der Deutsche Alterspreis 2016:** Die Robert-Bosch-Stiftung sucht beispielgebende Initiativen für ein altersfreundliches Wohnen unter dem Motto „Vielfältig Wohnen!“. Dotiert ist der Preis, der unter Schirmherrschaft von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig steht, mit insgesamt 120.000 €. Bewerbungen werden bis zum 26. April unter www.alterspreis.de angenommen.

- **Journalistenpreis für die besten Medienbeiträge über Erneuerbare Energien:** Eingereicht werden können journalistische Arbeiten, die zwischen dem 1. Mai 2015 und dem 30. April 2016 in deutschen Publikumsmedien veröffentlicht wurden. Für den Journalistenpreis unter dem Motto „deutschland hat unendlich viel energie“ können Sie sich online bewerben: <https://www.unendlich-viel-energie.de/die-agentur/veranstaltungen/journalistenpreis-deutschland-hat-unendlich-viel-energie-2016>

- **Förderwettbewerb MINT-Regionen:** Ein innovationsstarkes Land braucht gut ausgebildeten Nachwuchs in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik). Die Vernetzung der zahlreichen Angebote in den Regionen spielt dabei eine entscheidende Rolle. Daher unterstützen die Körber-Stiftung und der Stifterverband die Regionen mit einem Förderwettbewerb: www.stifterverband.de/mintregionen.

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke und Ulrike Gottschalck - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Dr. Edgar Franke, Ulrike Gottschalck
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia